
I N L A N D

- 2 Trauer um "Hospiz-Pionierin" Hildegard Teuschl
Caritas-Präsident Küberl: "Teuschl hat Österreich wärmer und damit unendlich reicher gemacht" - Trauerfeierlichkeiten finden am 27. Februar statt
- 2 Entwicklungshilfe: NGOs drängen auf Budget-Erhöhung
Finanz- und Außenminister bei Budget-Verhandlungen in die Verantwortung genommen
- 4 "Vatikan hat Bitte Wagners um Rücknahme der Ernennung entsprochen"
- 4 KA-Präsidentin Hautt für breiten Dialog in der Diözese Linz
- 5 Salzburg: Kothgasser sieht in Pfarrverbänden Chance für die Zukunft
- 5 Wirtschaftskrise: Bischof Schwarz mahnt zu solidarischen Lösungen
"Allianz für den freien Sonntag": Sonntagsöffnung kein taugliches Krisen-Instrument
- 6 "Familienpaket" der Steuerreform Signal in die richtige Richtung
- 6 "Autofasten" startet mit öffentlichen Aktionen in Graz und Linz
- 7 Gurk: Stiftspfarrkirche setzt Schwerpunkt bei Pilger- und Jugendpastoral

A U S L A N D

- 8 Benedikt XVI. empfing britischen Premierminister Gordon Brown
- 9 Entführte Ordensfrauen von Somalis freigelassen: Papst erleichtert
- 9 Ökumene ist für die katholische Kirche "eine Pflicht"
Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal Kasper, bedauert zugleich "aggressive und antirömische" Diskussionen rund um die Lefebvrianer-Krise
- 10 Vatikan und Israel: Fortschritte bei Wirtschaftsverhandlungen
- 10 Deutschland: Streit um Theologen-Resolution zu Lefebvrianern
- 11 Zentralkomitee der deutschen Katholiken fordert Reformen im Vatikan
- 11 Berlin: Helfer für Volksabstimmung zum Religionsunterricht gesucht
- 12 Jesuit Kummer: "Charles Darwin war Segen für Theologie"
- 12 "Christen waren Wegbereiter der politischen 'Wende' von 1989"
- 13 Deutscher Bundestagspräsident wirbt für Gottesbezug
- 13 Slowakei: Kothgasser betont Vermächtnis von Cyrill und Method
- 14 Volksinitiative gegen In-vitro-Fertilisation in Polen
- 14 Brüssler Diözesanjubiläum: Prinzip der Zweisprachigkeit darf bleiben
- 15 Nach TV-Satire in Israel: Bischöfe beklagen Intoleranz
- 15 Großbritannien: Sterbehilfesuch scheidet vor Berufungsgericht
- 16 Australien: Abmeldungen von kirchlichen Schulen wegen Finanzkrise
- 16 Braunschweig: Ungenutzte katholische Kirche wird zu Reihenhaus

K U L T U R & M E D I E N

- 16 Deutsche Künstler wollen eine katholische Kirche bei Rom bauen
- 17 Französische Zeitschrift "Temoignage Chretien" in Not

Inland**Trauer um "Hospiz-Pionierin" Hildegard Teuschl****Caritas-Präsident Küberl: "Teuschl hat Österreich wärmer und damit unendlich reicher gemacht" - Trauerfeierlichkeiten finden am 27. Februar statt**

Wien, 19.2.09 (KAP) Große Trauer herrscht in Österreich über den Tod von Sr. Hildegard Teuschl, die am Mittwoch nach schwerer Krankheit verstorben ist. Die Trauerfeierlichkeiten finden am Freitag, 27. Februar statt: Sr. Hildegard Teuschl CS wird um 12 Uhr auf dem Kalksburg Friedhof (1230 Wien, Zemlinskygasse) zu ihrer letzten Ruhestätte begleitet. Um 14 Uhr findet in der Lainzer Pfarrkirche (1130 Wien, Kardinal-König-Platz 2) die Eucharistiefeier statt.

Caritas-Präsident Franz Küberl würdigte Teuschl als "starke, tiefgläubige Frau, die Österreich wärmer und damit unendlich reicher gemacht hat". Durch ihre intensive und wertvolle Arbeit habe Teuschl die palliative Betreuung von sterbenden und chronisch kranken Menschen in Österreich etabliert und zu einem festen Bestandteil in der Sozial- und Gesundheitspolitik gemacht, so Küberl: "Von uns geht eine warmherzige Person, eine treue Begleiterin der Menschen und eine gute Freundin".

Aktion Leben: "Pionierin der Mitmenschlichkeit"

Die "Aktion Leben" hat Sr. Hildegard Teuschl als "Pionierin der Mitmenschlichkeit" gewürdigt.

Die Verdienste der am Mittwoch Verstorbenen um die Palliativmedizin, die Hospizbewegung und die parteienübergreifende Ablehnung der aktiven Sterbehilfe in Österreich würden in "dankbarer und respektvoller Erinnerung" bleiben, heißt es in einer Aussendung. Österreich habe "eine großartige und liebenswürdige Frau verloren, deren Werk aber überdauert und positive Prägungen hinterlässt", betonte Generalsekretärin Martina Kronthaler. Sr. Teuschls Einsatz habe sterbenden Menschen und ihren Angehörigen in den schwersten Stunden ihres Lebens gegolten, dies sei "gar nicht genug zu würdigen".

Zugleich appellierte die "Aktion Leben" an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, die Hilfsmöglichkeiten für sterbende Menschen und ihre Angehörigen weiter auszubauen. Hildegard Teuschl habe 2008 in der Broschüre "Lebensphilosophien" der "Aktion Leben" bedauert, dass sich "die Finanznot durch alle ihre beruflichen Einsatzgebiete gezogen" habe: "Gerade auch im Ausbau und in der Qualifizierung von Mitarbeitern für den Hospiz- und Palliativbereich spüre ich schmerzlich, wie finanzielle Barrieren oft einer effizienten Hilfe entgegenstehen".

(1714,1713)

Entwicklungshilfe: NGOs drängen auf Budget-Erhöhung**Finanz- und Außenminister werden bei Budget-Verhandlungen in die Verantwortung genommen - Caritas-Präsident Küberl: Kürzungen im EZA-Budget bedeuten, dass nachhaltige Entwicklung für die Ärmsten der Welt gestoppt wird**

Wien, 19.2.09 (KAP) Zahlreiche Hilfsorganisationen drängen auf eine Erhöhung der staatlichen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Anlass des aktuellen Appells sind die Verhandlungen über das neue EZA-Budget zwischen Finanzminister Josef Pröll und Außenminister Michael Spindelegger, die für Freitag angesetzt sind. Die beiden Politiker werden von den NGOs in die Verantwortung genommen.

Caritas-Präsident Franz Küberl warnte am Donnerstag in einer Aussendung: "Kürzungen im EZA-Budget bedeuten, dass nachhaltige Entwicklung für die Ärmsten dieser Welt gestoppt wird." Gerade dort, wo am meisten Aufholbedarf besteht, dürfe nicht als erstes gespart werden. Küberl kritisierte, dass es nicht die geringsten Sanktionen gebe, wenn Versprechen gebrochen werden: "Die Reichen wissen - von den Armen ist

kein Widerstand zu erwarten. Denn arme Kinder sterben leise; sie sterben an Hunger."

Jeder in die Entwicklungshilfe und Armutsprävention investierte Euro helfe unmittelbar den Menschen, ihre Zukunftschancen zu erhöhen. Und es gebe auch eine langfristige "Rendite", hielt der Caritas-Präsident fest - "nämlich friedliches Zusammenleben auf dieser Welt. Auch für unsere Nachkommen."

Die "Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung" betonte in einer Presseaussendung am Donnerstag, dass die Wirtschaftskrise die Menschen in den Entwicklungsländern besonders hart treffe. "Sie brauchen unsere Solidarität jetzt mehr denn je - und das heißt eine kräftige Erhöhung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe", so Ruth Picker, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft, wörtlich. Die "AG Globale Verantwortung" ist die Dachorganisation zahlreicher NGOs, die im EZA-Bereich engagiert sind, darunter Caritas, Diakonie, Dreikönigsaktion, Rotes Kreuz, Care oder die Katholische Frauenbewegung.

Laut "AG Globale Verantwortung" wird die Zahl der Hungernden weltweit im Jahr 2009 auf eine Milliarde Menschen ansteigen. Die Malaria-Kampagne der Weltgesundheits-Organisation (WHO) könne nicht fortgesetzt werden, weil die Industrienationen ihre Beiträge gestrichen haben; daher würden weiterhin bis zu 2,7 Millionen Menschen jährlich an der Krankheit sterben. Und auch die Kindersterblichkeit werde 2009 wieder steigen: Bis zu 400.000 Neugeborene mehr werden ihr zum Opfer fallen, insgesamt werden bis zu 2,8 Millionen Säuglinge sterben.

Picker dazu: "Diese Situation ist menschlich unerträglich und politisch unverantwortlich - und eine Schande für ein Land, das im UN-Sicherheitsrat weltweit für Frieden und Stabilität mitverantwortlich sein will." Österreich habe sich mehrfach international dazu verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis zum Jahr 2015 für Entwicklungshilfe beizutragen. Von diesem Ziel sei Österreich weit entfernt.

Die "AG Globale Verantwortung" forderte am Donnerstag von Finanzminister Pröll und Außenminister Spindelegger einen verbindlichen Stufenplan, der kontinuierliche Steigerungen des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe festlegt, sowie die deutliche Erhöhung der direkten, gestaltbaren Hilfe: "Zumindest jeweils 50 Millionen zusätzlich für 2009 und 2010 sind für Hilfsprojekte in den ärmsten

Ländern nötig, um das Schlimmste zu verhindern", so Picker. Sie verwies auch darauf, dass die beiden Politiker ihre Verhandlungen ausgerechnet am "Welttag für Soziale Gerechtigkeit" (20. Februar) führen würden.

Frauen von Armut stärker betroffen

"Care Österreich"-Geschäftsführerin Ulrike Schelander warnte vor allem vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Situation der Frauen: 60 Prozent der Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag leben müssen, seien Frauen.

Allein im vergangenen Jahr seien weltweit 100 Millionen Menschen zusätzlich in die absolute Armut abgerutscht, so Schelander weiter: "Wenn ein reiches Land wie Österreich nun diese Menschen in größter Not im Stich lässt, dann kann man das nur als verantwortungslos und menschenverachtend bezeichnen."

Wolfgang Kopetzky, Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes, sprach sich am Donnerstag für eine fixe Dotierung des Auslandskatastrophenfonds aus. Derzeit sei der Fonds überhaupt nicht dotiert, was aber notwendig sei, um "rasch und unbürokratisch" helfen zu können.

"Budgetsanierung nicht auf Kosten der Ärmsten"

Auch die Katholische Frauenbewegung Österreichs (kfbö) hat am Donnerstag eine Kürzung der öffentlichen Gelder zur Bekämpfung der weltweiten Armut entschieden abgelehnt. Sie forderte die Bundesregierung auf, die EZA-Ausgaben im Doppelbudget 2009/2010 deutlich zu erhöhen. "Es kann nicht sein, dass unsere Regierung auf Kosten der Ärmsten das österreichische Budget saniert, nur weil sich diese Menschen in Not nicht wehren können", betonte kfbö-Vorsitzende Margit Hautt. Sowohl SPÖ als auch ÖVP hätten sich vor den Wahlen klar für eine deutliche Erhöhung der EZA-Mittel ausgesprochen. Auch das klare Bekenntnis zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Österreich müsse sich in einer entsprechenden Förderung niederschlagen.

"Licht für die Welt" regt Protestmails an

E-Mails mit der Forderung nach einer Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets an die verantwortlichen Politiker hat am Donnerstag die Hilfsorganisation "Licht für die Welt" angeregt. Befürchtete Kürzungen sollten mit möglichst vielen

E-Mails an die beiden Verhandler sowie an Bundeskanzler Werner Faymann verhindert werden, hofft "Licht für die Welt".

In dem Formulierungsvorschlag, den die vor allem in Behinderten-Projekten in Entwicklungsländern tätige NGO auf ihre Webseite gestellt hat, heißt es wörtlich: "Österreich will mit seinem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehr globale Verantwortung übernehmen und zu Stabilität und Frieden auf der Welt beitragen. Dies geht nicht ohne soziale Gerechtigkeit." Als siebtreichstes Land der Welt und fünftreichstes Land der EU dürfe Österreich gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht auf die Ärmsten vergessen.

Ökosoziale Forum fordert "Mut und Weitsicht"

Auch das Ökosoziale Forum hat am Donnerstag an die Regierung appelliert, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit trotz Wirtschaftskrise

aufzustocken und internationale Verantwortung wahrzunehmen. "Es braucht natürlich eine große Portion Mut und Weitsicht, die zugesagten EZA-Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn Wirtschaftskrise und Sparkurs die Verhandlungen und die Medienberichte dominieren", so Geschäftsführer Klemens Riegler in einer Aussendung. Angesichts von immer mehr Hungernden sei eine Aufstockung der EZA-Mittel jedoch absolut notwendig. Deutschland zeige vor, dass dies möglich sei. Österreich müsse die Entwicklungszusammenarbeit ebenso ernst nehmen, so Riegler: "Budgetzusagen der Regierung in verschiedenen anderen Bereichen zeigen, dass Geld in die Hand genommen wird, wenn der politische Wille vorhanden ist. Auch für Vereinbarungen zur Entwicklungszusammenarbeit muss gelten: in guten wie in schlechten Zeiten."

(1739,1746,1744,1748)

"Vatikan hat Bitte Wagners um Rücknahme der Ernennung entsprochen"

Wien-Vatikanstadt, 19.2.09 (KAP) "Der Heilige Stuhl hat der Bitte von Gerhard Maria Wagner um Rücknahme seiner Ernennung zum Weihbischof für Linz entsprochen", betonte der Pressesprecher der Erzdiözese Wien, Erich Leitenberger, am Donnerstag im Hinblick auf Journalisten-Anfragen. Wie Kardinal Christoph Schön-

born nach der außerordentlichen Konsultation der österreichischen Diözesanbischöfe am Montag mitgeteilt habe, sei im Gespräch mit dem zuständigen Präfekten der vatikanischen Bischofskongregation, Kardinal Giovanni Battista Re, bereits am Sonntag alles geklärt worden.

(1751)

KA-Präsidentin Hautt für breiten Dialog in der Diözese Linz

Hirtenbrief der Bischöfe "mutig, offen und hoffnungsvoll" - Auch Katholische Frauenbewegung Österreich lobt rasche Reaktion der Bischöfe

Wien-Linz, 19.2.09 (KAP) Für einen breiten Dialogprozess in Oberösterreich hat sich die Präsidentin der Katholischen Aktion der Diözese Linz, Margit Hautt, ausgesprochen. In einem Interview für "Die Furche" erinnerte Hautt an den "Dialog für Österreich" 1998: "Dort war die gesamte Breite der Kirche bereit, miteinander zu beraten. Und das würde ich mir wünschen". Notwendig dafür sei allerdings die Bereitschaft aller Seiten zum Gespräch.

Auf die Frage nach dem Bild des Vatikans von der Diözese Linz betonte Hautt, dass der Katholischen Aktion "die breite Mitte der Kirche" ganz wichtig sei: "Daher finden wir es so

schwierig, dass offensichtlich das Gute, das bei uns wächst, weniger gesehen wird". Man wisse aber auch um Personen, die etwa den emeritierten Linzer Diözesanbischof Maximilian Aichern "permanent in Rom vernadert haben".

Verständnis äußerte die KA-Präsidentin für die von Dechanten der Diözese Linz geäußerte Forderung nach einer genaueren Untersuchung der Bischofsnennung von Gerhard Wagner. Es sei wichtig, sich die Dinge "ruhig anzuschauen und zu benennen", so Margit Hautt. Kirchenrechtlich seien gute Bedingungen vorhanden, damit Ernennungen gut ablaufen könnten: "Wenn man feststellt, welche anderen Kanäle da

wirksam geworden sind, kann das für ein anderes Mal hilfreich sein".

Als "sehr mutig, offen und hoffnungsvoll" bezeichnete Margit Hautt in der "Furche" den jüngsten Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe: "Sie haben wahrgenommen, dass ihre Hirten-sorge gefragt ist". Als KA-Präsidentin hätte sie in den Wochen zuvor mit hunderten Menschen Kontakt gehabt. Tenor, so Hautt, sei dabei gewesen: "Hoffentlich sagen unsere Bischöfe bald etwas".

Auch die Geschäftsführung der Katho-lischen Frauenbewegung Österreichs begrüßte am Donnerstag das "rasche und sensible Reagie-ren der österreichischen Bischöfe" angesichts der Turbulenzen in der Kirche. Es sei "erfreulich", dass die Bischöfe die von Priestern und Laien geäußerten Sorgen und Anliegen ernst genom-men haben. Mit ihrem Hirtenbrief würden die Bischöfe die breite Mitte in der katholischen Kirche in Österreich stärken.

(1731)

Salzburg: Kothgasser sieht in Pfarrverbänden Chance für die Zukunft

"Durch gezielte Zusammenarbeit kann die Seelsorge an Qualität gewinnen", schreibt der Salzburger Erzbischof in seinem aktuellen Fastenhirtenbrief

Salzburg, 19.2.09 (KAP) Der Salzburger Erz-bischof Alois Kothgasser hat die Gläubigen und Mitarbeiter zur Zusammenarbeit in den 58 neuen Pfarrverbänden der Erzdiözese Salzburg aufgeru-fen. "Das entscheidende Wort heißt Zusammen-arbeit", schreibt Kothgasser in seinem diesjähri-gen Fastenhirtenbrief. "Ausschlaggebend wird sein, das Für- und Miteinander zwischen den Pfarren eines Pfarrverbandes so zu gestalten, dass ein Mehrwert der Zusammenarbeit zu erkennen ist. Als Grundsatz gilt dabei: so viel Eigenstän-digkeit wie nötig und so viel Zusammenarbeit wie möglich".

Kothgasser hatte mit 1. Jänner 2009 die zu-vor gemeinsam mit Pfarren und Dekanaten erar-beitete und diskutierte Einteilung der Salzburger Pfarren in 58 Pfarrverbände in Kraft gesetzt. Nur die vier Dekanate in der Stadt Salzburg blieben unverändert bestehen. Der Salzburger Erzbischof betont in seinem Hirtenwort den "moderaten" Weg bei diesem Vorgang, bei dem es nicht um eine Fusion oder Zusammenlegung von Pfarren, sondern um eine "gezielte Kooperation" gehe. Kothgasser: "Es wird keine Pfarre aufgelöst und

es bleiben alle Pfarrgemeinderäte und Pfarr-kirchenräte bestehen".

In seinem Hirtenwort unterstreicht der Salzburger Erzbischof, dass jede Glaubensge-meinschaft von der Mitarbeit aller lebe. Und: "Jede Pfarre bräuchte einen eigenen Pfarrer. Weil dies jedoch derzeit nicht möglich ist, müssen wir neue Wege versuchen". Weil es in Zukunft nicht mehr möglich sein werde, "in jeder Pfarre das gleiche 'Programm' anzubieten", wolle man durch gezielte Zusammenarbeit Schwerpunkte setzen. "Dadurch kann die Seelsorge an Qualität gewin-nen und intensiver gestaltet werden", ist Kothgasser überzeugt.

Hand in Hand mit der Änderung von Strukturen müsse aber auch "eine innere Erneue-rung und Stärkung" des Glaubens einhergehen, betont der Erzbischof. Ein "Gebot der Stunde" sei etwa das Gebet um neue Berufungen für die Kirche. "Wenn auch alle Frauen und Männer auf Grund ihrer Taufe und Firmung Berufene sind, so brauchen wir doch Priester, Diakone und Ordensleute, die sich auf ihre je spezifische Weise ganz für Gott und die Menschen zur Verfügung stellen".

(1690)

Wirtschaftskrise: Bischof Schwarz mahnt zu solidarischen Lösungen

"Allianz für den freien Sonntag": Sonntagsöffnung kein taugliches Krisen-Instrument

Wien, 19.2.09 (KAP) Mit Besorgnis hat "Sozial-bischof" Ludwig Schwarz auf den jüngsten Vor-schlag des neuen Chefs der "Shopping City Süd"

reagiert, zur Bewältigung der aktuellen Wirt-schaftskrise die Geschäfte an einigen Sonntagen im Jahr offen zu halten. Es sei bedauerlich, so

Schwarz in einer Presseaussendung der "Allianz für den freien Sonntag", "wenn manchen Managern jeglicher Blick auf das Gemeinwohl fehlt. Gerade in so schwierigen Zeiten sind solidarische Lösungen gefragt." Der Linzer Bischof ist in der Österreichischen Bischofskonferenz für Sozialfragen zuständig und einer der Sprecher der "Allianz für den freien Sonntag".

Die Allianz hielt in einer Presseaussendung fest, dass die Sorgen und Probleme der Menschen derzeit eindeutig anderswo liegen würden als bei offenen Geschäften am Sonntag. Viele fragten sich: "Habe ich genügend Einkommen, werde ich von Arbeitslosigkeit betroffen sein, werde ich meine Kredite zahlen können?" Franz Georg

Brantner von der Gewerkschaft der Privatangestellten betont dazu: "Mit Sicherheit ist das Problem der Menschen und Konsumenten derzeit gewiss nicht, noch ein paar Stunden mehr Öffnungszeiten dazuzubekommen. Bei steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben die Menschen, wenn sie überhaupt genug Geld in der Tasche haben, - so trist das auch ist - genügend Zeit für ihre Besorgungen."

SCS-Chef Markus Pichler hatte gegenüber der Tageszeitung "Der Standard" (Mittwoch-Ausgabe) gemeint, dass die Sonntagsöffnung "in schwierigen Zeiten wie diesen" neu an Relevanz gewinne. Er könne sich gut vorstellen, vier bis sechs Sonntage im Jahr offen zu halten.

(1738)

"Familienpaket" der Steuerreform Signal in die richtige Richtung

Lebensschutzbeauftragte der Erzdiözese Wien, Stephanie Merckens, betont die Wichtigkeit der Stärkung der Autonomie der Familie

Wien, 19.2.09 (KAP) "Eine kinderfreundliche Gesellschaft braucht gesunde Familien. Es ist daher gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein besonders schönes Signal, die Familien zu stärken und zu entlasten", stellte Stephanie Merckens, die Lebensschutzbeauftragte der Erzdiözese Wien, am Donnerstag zum "Familienpaket" in der Regierungsvorlage zur Steuerreform fest. Familien seien der Kern der Gesellschaft. In Familien zähle der Mensch, egal ob er wirtschaftlich erfolgreich ist oder nicht.

Ein Staat, dem die Freiheit und Individualität seiner Bürger ein Anliegen ist, müsse daran

interessiert sein, die Autonomie der Familie zu stärken, so Stephanie Merckens im "Kathpress"-Gespräch. Daher sei die Berücksichtigung der Wahlfreiheit bei der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten besonders erfreulich. "Für einen freien Staat ist es egal, ob die Betreuung von Kindern in einer Institution oder im häuslichen Rahmen erfolgt. Für Eltern aber macht das oft – gerade bei den Unter-Dreijährigen – einen großen Unterschied. Es ist schön, dass diese Entscheidungsfreiheit der Eltern nunmehr in einem wichtigen Punkt respektiert wird", betonte die Lebensschutzbeauftragte.

(1745)

"Autofasten" startet mit öffentlichen Aktionen in Graz und Linz

Schweige-Kundgebung in Graz, "Auto-Verpacken" in Linz

Graz-Linz, 19.2.09 (KAP) Die ökumenische Initiative "Autofasten" beginnt heuer mit bemerkenswerten öffentlichen Aktionen in Graz und Linz: In der steirischen Landeshauptstadt ist für Aschermittwoch, 25. Februar, die Veranstaltung "bubble of silence" (Blase des Schweigens) angekündigt, bei der u.a. Weihbischof Franz Lackner, Superintendent Hermann Miklas, die steirische Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder und die Grazer Vize-Bürgermeisterin Lisa Rucker schweigend für "sanfte Mobilität" werben. Und in

Linz wird am Aschermittwoch vor dem Hauptbahnhof ein Auto verpackt, um während der Fastenzeit Alternativen dazu schmackhaft zu machen.

Die auch heuer wieder österreichweit durchgeführte Aktion, die von den kirchlichen Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche zum bereits vierten Mal organisiert wird, soll anregen, das eigene Mobilitätsverhalten zu reflektieren. Gerade die Fastenzeit biete sich dafür an, Alternativen zum Autofahren - wie Rad-

fahren, zu Fuß gehen oder das Bilden von Fahrgemeinschaften - zu entdecken. Die Teilnehmer an der Aktion erklären sich bereit, vom 25. Februar bis zum 11. April, dem Karsamstag, so weit wie möglich auf das Auto zu verzichten und damit aktiv zur Verringerung der CO₂-Emissionen und zum Klimaschutz beizutragen.

Bei der "Schweige-Demo" auf dem Grazer Südtiroler Platz wird die Umweltreferentin der Diözese Graz-Seckau, Hemma Opis-Pieber, diese Anliegen der Aktion "Autofasten" erläutern, bevor dann zwischen 11 und 12 Uhr eine Stunde lang schweigend - aber mit Transparenten - zu Themen wie Schöpfungsverantwortung, Lebensstil, Umweltschutz und sanfte Mobilität um Teil-

nahme geworben wird. Beim anschließenden Fastensuppenessen der Katholischen Frauenbewegung im Theriak-Labor (Grazer Mohrenapotheke) können Interessierte mit den prominenten Vertretern von Kirche und Politik ins Gespräch kommen.

Auch in Linz haben prominente Gesprächspartner ihr Kommen anlässlich der "Auto-Verpack-Aktion" um 10.30 Uhr zugesagt, u.a. der Moralthologe und Umweltsprecher der Diözese Linz, Prof. Michael Rosenberger, der evangelische Superintendent Gerold Lehner und die Präsidentin der Katholischen Aktion Oberösterreich, Margit Hautf.

(1729)

Gurk: Stiftspfarrkirche setzt Schwerpunkt bei Pilger- und Jugendpastoral

Stiftspfarrer Kalidz präsentierte erste sichtbare Schritte zur Erneuerung im alten Kärntner Bischofsstädtchen - Ab Aschermittwoch ist wieder größtes und ältestes Kärntner Fastentuch zu sehen

Klagenfurt, 19.2.09 (KAP) Die Kärntner Stiftspfarrkirche Gurk wird in Zukunft einen Schwerpunkt bei der Seelsorge an Wallfahrern und Jugendlichen setzen. Ein halbes Jahr nach der Übernahme des Standorts Gurk durch die Diözese präsentierte der neu angetretene Stiftspfarrer und früherer Kärntner Generalvikar Gerhard Christoph Kalidz nun erste sichtbare Schritte der Erneuerung in dem alten Kärntner Bischofsstädtchen im Gurktal.

Schwerpunktmäßig soll es in Zukunft um die vier Bereiche "Pilger und Wallfahrer", "Hemma-Pilgerweg", "Gästehaus" und "Kinder- und Jugendseelsorge" gehen. Zur Unterstützung von Stiftspfarrer Kalidz ist nun Vikar Michael Lercher als Wallfahrts- und Jugendseelsorger in Gurk tätig.

In einem ersten Schritt hat die Stiftspfarrkirche ein neues Logo bekommen; zudem wurde ein Informationsfolder erstellt, der neben allgemeinen Daten und Fakten zur Stiftspfarrkirche und dem Gurker Dom, einen Terminkalender für die großen Feste des Jahres 2009, alle wichtigen Kontaktdaten sowie Informationen über die wesentlichen Neuerungen am Standort Gurk enthält. Laut Stiftspfarrer Kalidz ist der Folder auch ein Zeichen dafür, dass Gurk "ein Jugend- und Pilgergästehaus ist, dass der Domladen und die Domführungen weiter im bisherigen Ausmaß

geführt und nach Möglichkeit weiter intensiviert werden".

Weitere Projekte in diesem Jahr sind u.a. die Errichtung eines "Outdoorparks" im Stiftsgarten, die Durchführung des Friedensprojektes "Peacedays 2009" und der Abschluss der Arbeiten zur Erneuerung des Kiosks und des Domladens. Um die Barrierefreiheit im Klosterkomplex zu verbessern, wird ein Lift angebaut. Im Dom selbst ist die Errichtung einer Induktionsschleife für hörgeschädigte und hörbehinderte Menschen geplant.

Der Salvatorianerorden hatte Gurk im vergangenen Jahr nach 76-jähriger seelsorglicher Tätigkeit als "Hüter" des Grabes der Heiligen Hemma und des Domes aus personellen Gründen verlassen. Die Diözese Gurk kaufte daraufhin den gesamten Gebäudekomplex aus Propstshof, Kapitelltrakt und der dazugehörigen Grundstücksfläche. Der Dom von Gurk blieb dem Gurker Domkapitel zugeordnet.

Gotisches Fastentuch

Am 25. Februar 2009 wird im Gurker Dom im Rahmen der Aschermittwochs liturgie wieder das berühmte Fastentuch aus dem Jahre 1458 aufgezogen, welches zu den bedeutendsten europäischen Zeugnissen mittelalterlicher Malkunst zählt. Das gotische Tuch umfasst in etwa 89

Quadratmeter und stammt von Meister Konrad aus Friesach. Es ist das größte und älteste Fastentuch Kärntens.

Die liturgische Feier beginnt um 18 Uhr. Der Wortgottesdienst wird in der Oberkirche gefeiert, in dessen Mitte das Fastentuch aufgezogen wird.

Die traditionelle Veranstaltung ist mittlerweile auch zu einem Fixpunkt der Kärntner Kulturszene geworden und zieht Jahr für Jahr Gläubige und Kunstinteressierte aus aller Welt an. Das Gurker Fastentuch ist bis Karsamstag täglich von 9-17 Uhr mit und ohne Führung im Dom zu besichtigen.

(1730)

Ausland

Benedikt XVI. empfing britischen Premierminister Gordon Brown

Vatikanstadt, 19.2.09 (KAP) Der britische Premier Gordon Brown ist am Donnerstag von Papst Benedikt XVI. in Audienz empfangen worden. Für Brown, der zugleich amtierender Präsident der G-20-Staaten ist, war es der erste Vatikan-Besuch in seiner Funktion als Regierungschef.

Dem Vernehmen nach ging es bei dem Treffen um die im April in London stattfindende Konferenz der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. In einem Artikel für die Vatikanzeitung "Osservatore Romano" von diesem Donnerstag hatte Brown die Haltung und die Anregungen des Heiligen Stuhls in der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise begrüßt.

Die aktuelle Wirtschaftskrise habe besondere Auswirkungen auf die ärmsten Länder Afrikas und Asiens und bedeute Hunger für viele Millionen Menschen, betonte der Politiker. Die katholische Kirche und der Papst sähen diese Auswirkungen der globalen Krise, betonte Gordon Brown.

Es sei an der Zeit, die Entwicklungsländer in die dringend erforderlichen internationale Lösungen einzubinden. Benedikt XVI. habe mit Nachdruck wirksame Antworten auf die globale Wirtschaftskrise gefordert. Ausdrücklich würdigte Brown die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und dem Heiligen Stuhl im Einsatz für arme Kinder und für internationale Gesundheits- und Impfprogramme. Als Politiker wisse er, dass die Religionsgemeinschaften viele Menschen wirksam mobilisieren könnten.

Wirtschaftskrise und Nahost

In einem an den Brown-Besuch anschließenden Vatikan-Kommunique vom Donnerstag wird betont, dass die aktuelle Weltwirtschafts-

krise sowie die Lage in internationalen Konflikt-herden, vor allem im Nahen Osten, im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Brown und Benedikt XVI. gestanden seien. Man habe über die "Pflicht zu weiteren Initiativen für die weniger entwickelten Ländern" gesprochen. Weiter habe man Möglichkeiten der "Zusammenarbeit für menschliche Förderung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung" erörtert.

Bei dem Treffen, das in herzlicher Atmosphäre stattfand, hätten Papst und Brown ihre Hoffnung auf weitere internationale Bemühungen zur Konfliktlösung im Nahen Osten bekundet, so das Vatikan-Kommunique. Außerdem habe man über eine Reihe bilateraler Fragen, vor allem über die Lage der Katholiken im Vereinigten Königreich gesprochen.

Nach der Audienz bei Benedikt XVI. trafen Brown und seine Begleitung auch mit Kardinalstaats-Sekretär Tarcisio Bertone zusammen.

Lob für Engagement von Sant'Egidio

Gordon Browns Ehefrau Sarah lobte das soziale Engagement religiöser Gemeinschaften und Vereinigungen. Am Rande der Vatikanvisite ihres Mannes besuchte Sarah Brown am Donnerstag die Gemeinschaft Sant'Egidio im römischen Stadtteil Trastevere und informierte sich über deren Engagement im Kampf gegen AIDS und Unterernährung in afrikanischen Ländern.

Die Rolle solcher Organisationen sei "sehr bedeutend", sagte sie nach Angaben von Sant'Egidio zum Abschluss ihrer Gespräche. Sant'Egidio startete vor sieben Jahren AIDS-Hilfsprojekte und versorgt heute nach eigenen Angaben in zehn Ländern des Kontinents rund 65.000 Menschen mit Medikamenten.

(1753,1712,1758,1761)

Entführte Ordensfrauen von Somalis freigelassen: Papst erleichtert

Vatikanstadt-Nairobi, 19.2.09 (KAP) Zwei vor gut drei Monaten in Kenia entführte und nach Somalia verschleppte italienische Ordensfrauen sind wieder in Freiheit. Das meldete der italienische Missionspressediens "misna" am Donnerstag. Die beiden seien ersten Berichten zufolge wohlauf. Nach Angaben von Vatikansprecher P. Federico Lombardi zeigte sich Papst Benedikt XVI. über das Ende des Geiseldramas erleichtert.

P. Lombardi erinnerte daran, dass Benedikt XVI. bei seinen Angelusgebeten wiederholt auf die Freilassung der beiden Ordensfrauen gedrängt habe. Weiter verwies er darauf, dass sich in einer Reihe von weiteren Ländern, beispiels-

weise in Kolumbien, Menschen in der Hand von Geiselnehmern befänden. In manchen Teilen der Welt gehörten Geiselnahmen regelrecht zum System. Der Vatikansprecher sprach von einer "nicht hinzunehmenden Form der Gewalt".

Die Missionarinnen Sr. Caterina Giraud und Sr. Maria Teresa Oliviero von der im norditalienischen Cuneo ansässigen Gemeinschaft der "Kleinen Schwestern Jesu von Charles de Foucauld" waren in der Nacht zum 10. November aus dem nordkenianischen El Wak nach Somalia verschleppt worden. Seit Wochen hatten sich Unterhändler aus Kenia, Somalia und Italien um die Freilassung der Ordensfrauen bemüht.

(1763)

Ökumene ist für die katholische Kirche "eine Pflicht"

Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal Kasper, bedauert zugleich "aggressive und antirömische" Diskussionen rund um die Lefebvrianer-Krise

Vatikanstadt, 19.2.09 (KAP) "Die Position der katholischen Kirche zur Ökumene ist seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil völlig klar", betonte der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal Walter Kasper, in einem Gespräch mit "Radio Vatikan". Ökumene sei für die katholische Kirche nicht eine Option, sondern "eine Pflicht, die in der Botschaft Jesu begründet ist". Das gelte auch für den Papst. Er kenne gar keinen anderen Kirchenführer, der "so oft, so eindringlich und so klar" über die Ökumene spricht und sich zur Ökumene bekennt, betonte Kasper. Dem Papst das Gegenteil zu unterstellen, sei "ungerecht" und gehe an der Sache vorbei.

Die jüngsten Diskussionen im Zusammenhang mit der Lefebvrianer-Krise seien sehr aggressiv und antirömisch geprägt, sagt der Kardinal weiter. Doch auch hinter den vatikanischen Mauern sei einiges nicht optimal gelaufen: "Man wird zugeben und einräumen müssen: Am Anfang sind dort Versäumnisse und Fehler in der Kommunikation gemacht worden. Das ist eindeutig, das ist klar. Aber die Diskussion, wie sie

jetzt etwa in Deutschland läuft, sprengt ja alle Maßstäbe. Was da zum Vorschein kommt, ist nicht nur Kritik an diesem oder jenem Verhalten der Kurie, sondern das ist einfach antirömischer Affekt und zum Teil einfach blanker Kirchenhass".

Wörtlich sagte der - selbst aus Deutschland stammende - Kardinal: "Man macht den Papst lächerlich, nach dem Prinzip: Man schlägt den Sack und meint den Esel. Wenn man den Papst in dieser Weise völlig ungerecht heruntersetzt, dann richtet sich das nicht nur gegen Benedikt XVI., dann richtet sich das gegen die katholische Kirche. Ich meine, die Katholiken müssen jetzt aufstehen und sagen: Das lassen wir uns nicht gefallen, das ist Intoleranz". Wenn so über den Dalai Lama geredet würde, dann wäre die Empörung sehr groß. Über den Papst so zu reden, sei offensichtlich möglich, bedauerte Kasper. Das gehe nicht, das können sich "die Katholiken nicht bieten lassen und das sollten sie auch deutlich sagen".

(1724)

Vatikan und Israel: Fortschritte bei Wirtschaftsverhandlungen

Vatikanstadt, 19.2.09 (KAP) Der Vatikan und Israel haben bei ihren Verhandlungen über strittige Wirtschafts- und Eigentumsfragen im Heiligen Land nach eigenen Anhaben Fortschritte erzielt. Die Gespräche der bilateralen Kommission hätten am Mittwoch "in großer Herzlichkeit und im Geist der Zusammenarbeit" stattgefunden, heißt es in einem am Donnerstag im Vatikan verbreiteten Kommuniqué: "Es sind Fortschritte erzielt worden, und die Delegationen haben ihr Engagement bekräftigt, die Verhandlungen so rasch wie möglich abzuschließen".

Ein nächstes Treffen der Kommission solle am 7. April stattfinden. Unklar blieb, ob es zu einer Einigung noch vor der geplanten Papstreise

ins Heilige Land kommen könnte, die für Mitte Mai im Gespräch ist.

Die Verhandlungen über Rechts- und Eigentumsfragen ziehen sich bereits seit über zehn Jahren hin. Dabei geht es auch um die traditionelle Steuerbefreiung für kirchliche Non-Profit-Organisationen im Heiligen Land. Israel will diese frühere Vereinbarung, die auf osmanische Zeit zurückreicht, modifizieren. Der Vatikan beharrt auf Beibehaltung, weil sonst die Existenz der kirchlichen Krankenhäuser, Schulen und Gästehäuser gefährdet wäre. Eine Einigung in dieser Frage war bereits im Grundlagenvertrag von 1993 vorgegeben, mit dem Israel und der Heilige Stuhl volle diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten.

(1755)

Deutschland: Streit um Theologen-Resolution zu Lefebvrianern

Katholisch-Theologischer Fakultätentag fordert Bischof Müller auf, Auseinandersetzung mit drei Regensburger Theologieprofessoren beizulegen

Köln, 19.2.09 (KAP) Die katholischen theologischen Fakultäten in Deutschland haben den Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller aufgefordert, den Streit mit drei Professoren der Universität Regensburg um eine Petition über die Lefebvrianer-Krise beizulegen. "Eine Opposition zwischen dem kirchlichen Lehramt und der Theologie aufzubauen, ist unklug", sagte der Vorsitzende des Katholisch-Theologischen Fakultätentags, Michael Gabel, dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Er bedaure "die Unterstellung, die Theologen hätten nicht aus Sorge um die Einheit der Kirche gehandelt".

Gabel empfahl Bischof Müller ein klärendes Gespräch. Die Professoren Sabine Demel, Heinz-Günther Schöttler und Burkhard Porzelt hatten eine Petition unterstützt, in der die Aufhebung der Exkommunikation der vier lefebvrianischen Bischöfe kritisiert wird. Müller hatte die Theologen ultimativ zu einer persönlichen Entschuldigung bei Benedikt XVI. aufgefordert. Sabine Demel erklärte auf Anfrage, sie und ihre Kollegen seien bestrebt, den Vorgang intern zu klären.

Es könne nicht angehen, die Unterschrift unter die Petition isoliert von der derzeitigen

Lage zu beurteilen, sagte Gabel. Er verwies darauf, dass sich viele Kardinäle, Bischöfe und ganze Fakultäten kritisch zum Umgang des Papstes mit der "Pius-Bruderschaft" geäußert hätten. "Gemeinsam mit dem Papst bestehen alle auf der Treue zum Zweiten Vatikanischen Konzil", so der Theologe.

Bischof Müller hatte den Professoren vorgehalten, mit ihrer Kritik über das Ziel hinausgeschossen zu sein. Er forderte eine schriftliche Distanzierung von der Petition innerhalb von zwei Wochen. Außerdem müssten die Theologen vor dem Bischof erscheinen und das Glaubensbekenntnis sowie einen Treueid auf die Lehre der katholischen Kirche ablegen. Andernfalls drohten "weitere Schritte".

Die von den drei Regensburger Professoren mitgetragene Petition "Für die uneingeschränkte Anerkennung der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils" ist bisher von mehr als 15.000 Personen unterzeichnet worden. Die katholisch-theologischen Fakultäten in Münster, Tübingen, Freiburg, Bamberg, Würzburg und Bochum haben eigene Stellungnahmen verfasst.

(1719)

Zentralkomitee der deutschen Katholiken fordert Reformen im Vatikan

Berlin, 19.2.09 (KAP) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat Reformen im Vatikan verlangt. Die katholische Kirche brauche "endlich eine zeitgemäße, verlässlich funktionierende und auch politisch sensible Führungs- und Verwaltungsstruktur", schreibt ZdK-Generalsekretär Stefan Vesper am Donnerstag in der Tageszeitung "Die Welt".

Er sprach sich besonders für regelmäßige Kabinettsitzungen in der Kurie aus. "Freilich müsste der Wille zu dieser Reform vom Papst selbst kommen, denn Vorschläge von unten haben bisher nichts genutzt, und innerhalb der Kurie werden jene Kardinäle, die ihren Einfluss als bedroht ansehen, die Reform verhindern", so Vesper.

Nach Einschätzung des Generalsekretärs hat der Eklat um die Lefebvrianerbischöfe der katholischen Kirche massiv geschadet. Er verteidigte zugleich Kritik an Papst und Kurie. Es sei falsch, wenn man jetzt meine, "man müsse sich nur ganz fest hinter den Papst stellen und alles werde wieder gut".

Bei aller Loyalität gegenüber Papst und Bischöfen seien Katholiken nicht zu blindem Gehorsam verpflichtet. Wer so denke, nähre den schon im 19. Jahrhundert formulierten Verdacht, "dass katholisch sein heißt, seinen Verstand auszuschalten und sein Herz in Watte zu packen, sobald das kirchliche Amt spricht", so Vesper.

Als positiv an dem Konflikt wertete Vesper "das gemeinsame Einstehen aller in der katholischen Kirche in Deutschland" gegen jeden Antisemitismus und für das Zweite Vatikanische Konzil. Jetzt komme es allerdings darauf an, nicht nur auf dieses Konzil zurückzuschauen, sondern sein Erbe konsequent weiter zu führen, denn - so der ZdK-Generalsekretär: "Wir brauchen einen Fortschritt im konkreten Kirchesein, eine immer neue Öffnung, eine Inspiration aus dem Konzil für nächste Schritte zur Kollegialität der Bischöfe und nächste Schritte zur Verwirklichung des Auftrags aller Katholiken, bei der Gestaltung einer humaneren, gerechteren und solidarischen Welt 'Salz der Erde' zu sein".

(1754)

Berlin: Helfer für Volksabstimmung zum Religionsunterricht gesucht

Berlin, 19.2.09 (KAP) Für den Berliner Volksentscheid am 26. April über eine Gleichstellung von Ethik- und Religionsunterricht werden rund 10.000 Helfer gesucht. Sie sollen für den korrekten Ablauf der Abstimmung sorgen und die Stimmen auszählen, wie Landesabstimmungsleiter Andreas Schmidt von Puskas am Donnerstag vor Journalisten erklärte. Eingerichtet würden rund 1.250 Wahllokale, rund halb so viele wie bei der Europawahl am 7. Juni. Die Kosten des Volksentscheids bezifferte von Puskas auf zwei Millionen Euro.

Zu dem Volksentscheid kommt es auf Initiative des Vereins "Pro Reli". Er tritt dafür ein, dass der Religionsunterricht zur gleichrangigen Alternative des staatlichen Ethikfachs wird. Der-

zeit ist Ethik ein Pflichtfach, Religion hat den Status einer zusätzlichen Arbeitsgemeinschaft.

Schmidt von Puskas bezeichnete es als schwierig, für die drei anstehenden Wahlen in Berlin ausreichend Helfer zu finden. Außer für den Volksentscheid und die Europawahl werden sie auch für die Bundestagswahl am 27. September gesucht. "Pro Reli", Kirchen sowie CDU, FDP und Grüne hatten sich für eine Zusammenlegung des Volksentscheids und mit der Europawahl ausgesprochen. Der Senat entschied dagegen am Dienstag, die Abstimmung am 26. April abzuhalten.

Damit der Religionsunterricht zur gleichberechtigten Alternative des staatlichen Ethikfachs wird, müssten dem rund 610.000 wahlberechtigte Berliner zustimmen.

(1762)

Jesuit Kummer: "Charles Darwin war Segen für Theologie"

"Theologen tun gut daran, mit Naturwissenschaften im Gespräch zu bleiben"

München, 19.2.09 (KAP) Der Münchner Jesuit P. Christian Kummer hat Charles Darwin (1809-82) und dessen Evolutionstheorie als einen "Segen für die Theologie" bezeichnet. Evolution und Gottesglaube würden sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern seien aufeinander verwiesen, sagte der Philosoph und Biologe bei der Präsentation seines neuen Darwin-Buchs am Mittwochabend in München.

Kummers Übersichtsbuch mit dem Titel "Der Fall Darwin - Evolutionstheorie contra Schöpfungsglaube" kam aus Anlass des Geburtstags des britischen Naturforschers vor 200 Jahren jetzt in den Handel. Der Jesuit leitet das Institut für naturwissenschaftliche Grenzfragen an der Münchner Hochschule für Philosophie.

Theologen täten gut daran, mit den Naturwissenschaften im Gespräch zu bleiben, betonte der Jesuit. Umgekehrt könnten Naturwissen-

schaftler in der Auseinandersetzung mit der Theologie zu einem kritischen Wissenschaftsverständnis finden.

Die gegenwärtige "Neuaufgabe eines weltanschaulichen Kampfszenarios" um Schöpfung und Evolutionstheorie hält der Theologe für nicht weiterführend. Auf der einen Seite stünden einige Naturwissenschaftler, die ihre Wissenschaftlichkeit mit einem Bekenntnis zum Atheismus unterstreichen wollten. Sie beanspruchten die Deutungshoheit über die Vorgänge des Lebens und lehnten Religion von vornherein als irrational ab. Auf der anderen Seite habe sich vor allem in den USA im freikirchlichen Milieu ein militanter Kreationismus formiert. Dieser propagiere die wörtliche Auslegung der Bibel als einzig wahre Darstellung der Entstehung der Welt und des Lebens.

(1741)

"Christen waren Wegbereiter der politischen 'Wende' von 1989"

Neues Buch des deutschen TV-Journalisten Joachim Jauer

Berlin, 19.2.09 (KAP) Der frühere Ministerpräsident von Thüringen, Bernhard Vogel, hat den Beitrag der Christen in der DDR und in Ostmitteleuropa als Wegbereiter der politischen "Wende" von 1989 hervorgehoben. "Vor der Montagsdemonstration war das Montagsgebet", sagte der christdemokratische Politiker am Mittwoch in Berlin. Er äußerte sich bei der Präsentation eines neuen Buchs des ehemaligen ZDF-Korrespondenten Joachim Jauer.

Mit Blick auf den Buchtitel "Urbi et Gorbis" bekräftigte Vogel die entscheidende Rolle von Johannes Paul II. und Michail Gorbatschow für die überwiegend friedliche Revolution. Der polnische Papst habe die Veränderungen "angestoßen", der damalige sowjetische Staatschef habe sie "geschehen lassen", so Vogel. Er lobte zudem die Rolle der Medien. Indem sie über die Ereignisse berichteten, hätten sie die "Wende" gleichsam "herbeigesendet".

Jauer sagte, er wolle in seinem Buch an Menschen wie Oskar Brüsewitz in der DDR, Lech Walesa und Jerzy Popieluszko in Polen, Csilla von Boeselager und Imre Kozma in Ungarn, Vaclav Maly in der Tschechoslowakei und Laszlo Tokes in Rumänien erinnern. Sie seien Beispiele für den Widerstand gegen die kommunistische Diktatur gewesen. "Sie waren so frei, Nein zu sagen", das habe sie von vielen ihrer Landsleute unterschieden. Johannes Paul II. habe nicht zum "Kreuzzug gegen den Kommunismus" aufgerufen, aber viele zur Freiheit im Denken ermutigt.

Ab 1966 war Jauer - dessen neues Buch im Freiburger "Herder"-Verlag erschienen ist - der erste westdeutsche TV-Journalist, der in der DDR Filmbeiträge drehen konnte. 1978 ging er als ZDF-Korrespondent nach Ostberlin, und von 1987 bis 1990 war er Sonderkorrespondent des Senders für Osteuropa.

(1721)

Deutscher Bundestagspräsident wirbt für Gottesbezug

"Verfassungen fußen auf christlichen Überzeugungen"

Berlin, 19.2.09 (KAP) Europäische Staatsverfassungen sollten nach Ansicht des deutschen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert einen Gottesbezug enthalten. "Die Verfassungen fußen auf christlichen Überzeugungen, sind ohne diese gar nicht zu erklären", sagte Lammert in Essen. Dies gelte ungeachtet der Tatsache, dass sich die Kirche im Laufe der Geschichte mitunter heftig gegen eine Trennung von Kirche und Staat gewehrt habe. Auch könne das Gegenargument, dass die kirchliche Bindung der Menschen heutzutage offenkundig abgenommen habe, nicht gelten. Im Gottesbezug komme eine "historische Wahrheit" zum Ausdruck.

Der CDU-Politiker äußerte sich bei einer Veranstaltung der evangelischen Kirche in Essen zum Thema "Gottesbezug in Staatsverfassungen und Religionsfreiheit". Er betonte, europäische Verfassungen seien ein "Grundkonsens ethischer Normen", dessen Wurzeln im Christentum liegen: "Unsere Verfassung baut somit auf norma-

tiven Voraussetzungen auf, die sie selbst nicht garantieren und auch nicht infrage stellen kann". Als Beispiele nannte Lammert Menschenwürde, Religionsfreiheit, die Gleichheit von Mann und Frau sowie die Meinungsfreiheit. Diese Grundrechte könnten selbst durch demokratische Mehrheitsentscheidungen nicht eingeschränkt werden.

Der Politiker äußerte auch sein Bedauern über das Fehlen eines Gottesbezugs im EU-Vertrag von Lissabon. Eine Präambel nach dem Vorbild der polnischen Verfassung (die neben dem Gottesbezug auch auf andere mögliche Quellen für normative Grundüberzeugungen verweist) wäre nach seiner Meinung sinnvoll gewesen. Der Bundestagspräsident kritisierte in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der Kirchen. Ihnen sei es vor allem um die Absicherung ihrer rechtlichen Stellung und weniger um die Aufnahme eines Gottesbezuges gegangen.

(1722)

Slowakei: Kothgasser betont Vermächtnis von Cyrill und Method

Salzburger Erzbischof zu Gast in nordslowakischem Wallfahrtsort Terchova und bei Festakademie zum ersten Jahrestags der Gründung der Diözese Zilina

Pressburg, 19.2.09 (KAP) Bei einem Festgottesdienst im nordslowakischen Wallfahrtsort Terchova hat der Salzburger Erzbischof Alois Kothgasser an das Vermächtnis der Slawenapostel Cyrill und Method erinnert, die im 9. Jahrhundert im March-Westkarpaten-Raum gewirkt hatten. Kothgasser sprach im Anschluss auch bei einer Festakademie aus Anlass des ersten Jahrestags der Gründung der Diözese Zilina.

Die Erzdiözese Salzburg ist aufgrund der Persönlichkeit des ersten historisch bedeutsamen Herrschers im Westkarpatenraum, des Fürsten Primina, historisch mit der Slowakei verbunden. Fürst Pribina hatte im Jahre 822 die bairische Prinzessin Wilhelmina geheiratet; Wilhelmina ließ in Nitra eine Kirche errichten, die 828 vom Salzburger Erzbischof Adalram geweiht wurde.

Kothgasser ging in seiner Ansprache in Terchova auf das Cyrill-und-Method-Patrinium der Wallfahrtskirche ein. Den beiden

Glaubensboten aus Thessaloniki sei es "erstmal um eine Evangelisierung der slawischen Völker" gegangen. Weiters sei ihnen die Inkulturation der Glaubenslehre und Liturgie sowie die Einheit der Kirche des Missionsgebiets und ihre Anbindung an Rom am Herzen gelegen.

Bei der Festakademie betonte der Salzburger Erzbischof, dass Kirche "Ort der Frohbotschaft unter den Menschen" sei. Kirche sei weiters "Ort des Gottesdienstes, Ort, an dem der Gottesdienst sich mit dem Menschendienst verbindet, sowie der Ort der Gemeinschaft mit Gott und den Menschen". In den Pfarren sollten die Menschen "mitmenschliche Beheimatung finden, einander Stütze sein, miteinander frohe Feste feiern, die religiöse Kultur im Laufe des Kirchenjahres und der kirchlichen Feste pflegen und dadurch alle Begabungen, die Gott uns Menschen gegeben hat, zur Entfaltung, zur Gestaltung und zur Vermittlung bringen".

Weitere Referate bei der Festakademie hielten der aus der Slowakei stammende frühere römische Kurienkardinal Jozef Tomko, der auch die Segenswünsche von Papst Benedikt XVI. überbrachte, der Erzbischof von Esztergom-Budapest, Kardinal Peter Erdö, sowie der Erzbischof von Krakau, Kardinal Stanislaw Dziwisz. Anwesend waren weiters der Altbischof von Nitra, der Mutterdiözese der vor genau einem Jahr errichteten Diözese Zilina, Kardinal Jan Korec, der Erzbischof von Olomouc und Vorsitzende der Tschechischen Bischofskonferenz, Jan Graubner, sowie der Apostolische Nuntius in

der Slowakischen Republik, Erzbischof Mario Giordana.

Im Rahmen der Feierlichkeiten informierte Diözesanbischof Tomas Galis auch über das Diözesanzentrum "Communio", das in den nächsten drei Jahren errichtet werden soll. In ihm sollen fast alle wichtigen diözesanen Einrichtungen, einschließlich der Residenz des Bischofs, untergebracht sein. Die Pläne des mit vier Millionen Euro veranschlagten Baues sind von der Stadtgemeinde Zilina bereits gutgeheißen worden; mit der Zustimmung der Denkmalschutzbehörde wird gerechnet.

(1733)

Volksinitiative gegen In-vitro-Fertilisation in Polen

Warschau, 19.2.09 (KAP) In Polen hat sich eine Volksinitiative gegen künstliche Befruchtung formiert. Der Gesetzentwurf des Bürgerkomitees "Contra In-vitro" sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren für jeden vor, der die Methode bei Frauen anwendet. Bei der Sammlung der erforderlichen 100.000 Unterschriften setzte das Komitee auf die Unterstützung durch die Kirche, sagte der Vorsitzende Jacek Kotula laut polnischen Medien.

Laut Internetseite des Komitees haben sich bereits mehrere Bischöfe hinter die Volksinitiative gestellt, darunter auch der Episkopatsvorsitzende, Erzbischof Jozef Michalik von Przemyśl. Kommen 100.000 Unterschriften zusammen, muss sich das Parlament mit der Initia-

tive beschäftigen. Einen Volksentscheid können die Bürger nicht durchsetzen. Bislang ist die sogenannte In-vitro-Fertilisation in Polen nicht gesetzlich geregelt und daher uneingeschränkt erlaubt.

Überlegungen der konservativ-liberalen Regierung, Frauen künftig eine künstliche Befruchtung über die Krankenkasse zu finanzieren, hatte die Kirche scharf verurteilt. Polens Bischöfe lehnen künstliche Befruchtung strikt ab, weil dabei Embryonen sterben müssten.

Die Regierung will dem Parlament demnächst einen Gesetzentwurf zur Regelung der künstlichen Befruchtung vorlegen. Die Volksinitiative fordert Haftstrafen von 5 bis 25 Jahren für Experimente und den Handel mit Embryonen.

(1737)

Brüssler Diözesanjubiläum: Prinzip der Zweisprachigkeit darf bleiben

Info-Material der Erzdiözese Brüssel auf Niederländisch und Französisch hatte für Aufregung gesorgt

Brüssel, 19.2.09 (KAP) Beim heuer begangenen Brüsseler Diözesanjubiläum muss die Kirche nicht vom Prinzip der Zweisprachigkeit beim Info-Material abrücken. Der flämische Innenminister Marino Keulen sagte nach Angaben der Zeitung "De Standaard" vom Mittwoch im flämischen Parlament, mit den zweisprachigen Informationsmaterialien seien juristisch keine Fehler begangen worden. Nur im Umgang mit den flämischen Behörden sei die Erzdiözese Brüssel an

die Sprachgesetze des Landes gebunden, die für Nordbelgien Niederländisch festschreiben.

Keulen fügte hinzu, besser wäre es allerdings gewesen, wenn die Erzdiözese Brüssel sich an die Sprachgrenzen gehalten hätte. Dass die Erzdiözese zunächst für ihre 450-Jahr-Feier mit zweisprachigen Materialien werben wollte, war auf heftige Proteste in einigen Niederländisch sprechenden Pfarren gestoßen. Diese Pfarren - aber auch Politiker aus dem rechten Spektrum - hatten in den vergangenen Wochen gegen die

zweisprachige Kampagne protestiert. Fahnen, Kerzen und gedrucktes Infomaterial waren nach Angaben der Erzdiözese Brüssel aus Kostengründen zweisprachig erstellt worden.

Die Provinzregierung von Vlaams-Brabant erinnerte die Brüsseler Diözesanleitung offiziell an die geltende Sprachenregelung in Belgien. Amtssprache in der Provinz sei Niederländisch. In einem Antwortschreiben entschuldigte sich die Erzdiözese und kündigte an, "in Zukunft mehr auf die Sprach-Empfindlichkeiten achten zu wollen".

Das Erzdiözese Mechelen-Brüssel ist die einzige belgische Diözese, die niederländisch- und französischsprachige Gebiete umfasst. Neben der Region Vlaams-Brabant gehören dazu auch die französischsprachige Region Brabant-Wallon und die zweisprachige Hauptstadtregion Brüssel.

Die Erzdiözese begeht heuer ihr 450-Jahr-Jubiläum.

Die Erzdiözese Mechelen-Brüssel war im Zug der großen Diözesanreform in den damals spanischen Niederlanden auf Betreiben von König Philipp II. gegründet worden. Seit der umstrittenen De-facto-Zweiteilung Belgiens in den 1960er-Jahren gilt im flämischsprachigen Landesteil ein Sprachengesetz, das in öffentlichen Gebäuden (einschließlich Kirchen) Flämisch als einzige Sprache zulässt. Eine Minorität des Klerus und die nationalistischen Parteien werfen Erzbischof Godfried Danneels - Kardinal-Primas von Belgien - vor, "die Sache der Frankophonen zu unterstützen", deren Ziel eine Vergrößerung der zweisprachigen Region Brüssel "auf Kosten" des "flämischen" Gebiets sei.

(1683)

Nach TV-Satire in Israel: Bischöfe beklagen Intoleranz

Jerusalem, 19.2.09 (KAP) Christliche Vertreter in Israel haben mit heftiger Empörung auf eine TV-Satiresendung reagiert, in der sie den Glauben an Jesus Christus und seine Mutter Maria verhöhnt sehen. Die katholischen Bischöfe im Heiligen Land beklagten in einem Offenen Brief am Mittwochabend wachsende religiöse Intoleranz in Israel.

Das Schreiben wurde unter anderem an mehrere Ministerien und die Leitung des verantwortlichen TV-Senders "Arutz 10" geschickt. Unterschrieben ist der Brief unter anderem vom Lateinischen Patriarchen, Fuad Twal, dem melkitischen Erzbischof Elias Chacour und Franziskanerkustos P. Pierbattista Pizzaballa.

Der Moderator des Nachtprogramms von "Arutz 10", Leon Schlein, entschuldigte sich unterdessen am Mittwochabend live bei den christlichen Zuschauern. Die beiden an den Vortagen gezeigten Filme hatten vor allem die Gottheit Jesu und die Jungfräulichkeit Mariens lächerlich

gemacht und waren von Moderator Schlein als Reaktion auf die Holocaust-Leugnung des Traditionalisten-Bischofs Richard Williamson angekündigt worden.

Im Gespräch mit der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA sagte der griechisch-katholische Erzbischof Chacour am Mittwochabend: "Wir Christen respektieren Israel, aber Israel respektiert uns nicht". Gefreut hätten ihn die "entsetzten und traurigen Reaktionen zahlreicher Muslime". Für Muslime bedeute die Verunglimpfung Jesu Christi und Mariens die Beleidigung eines wichtigen Propheten und seiner jungfräulichen Mutter.

Auch der Präsident der israelischen Kommission für Erziehung und Kultur, Michael Melchior, distanzierte sich von der Satiresendung. Er werde sich persönlich dafür einsetzen, dass "Sendungen dieser Art" künftig bei "Arutz 10" nicht mehr gezeigt würden, schrieb er in einem Brief an orthodoxe Kirchenvertreter.

(1752)

Großbritannien: Sterbehilfesuch scheitert vor Berufungsgericht

London, 19.2.09 (KAP) Das britische Berufungsgericht hat das Gesuch einer schwer kranken Patientin abgewiesen, dass ihr Mann sie bei der Selbsttötung unterstützen darf. Laut einem Be-

richt der BBC vom Donnerstag lehnte das Gericht trotz "Verständnisses für das schreckliche Dilemma" der Patientin eine Wiederaufnahme des Falls ab.

Der Oberste Gerichtshof in Großbritannien hatte bereits im Oktober das Anliegen der an Multiple Sklerose erkrankten Debbie Purdy zurückgewiesen, Straffreiheit für ihren Mann zu erreichen, wenn er Beihilfe zum Selbstmord leistet und sie in eine Schweizer Sterbeklinik begleitet.

Mit ihrem Gesuch wollte die 45-Jährige die britische Gesetzeslage zur Sterbehilfe klären lassen. Diese belegt nach einem Gesetz von 1961 Hilfe zum Selbstmord mit bis zu 14 Jahren Haft. Purdy wollte von den Gerichten Klarheit darüber, ab welchem Punkt sich ihr Mann strafbar macht.

(1759)

Australien: Abmeldungen von kirchlichen Schulen wegen Finanzkrise

Canberra, 19.2.09 (KAP) Die weltweite Finanzkrise schlägt auf die katholischen Privatschulen Australiens durch. Immer mehr Eltern nehmen laut einem Bericht der Tageszeitung "The Australian" (Donnerstag) ihre Kinder von privaten katholischen Schulen, die ein hohes Schulgeld verlangen, und wechseln zu kostenlosen staatlichen Schulen.

bis 50 Prozent mehr Anmeldungen an staatlichen Lehrinrichtungen. Die meisten neuen Schüler hätten zuvor katholische Privatschulen besucht. Die Schulgelder liegen bei umgerechnet zwischen 2.000 bis 7.700 Euro pro Jahr.

Die katholische Kirche Australiens ist der größte private Schulträger des Landes. Knapp ein Viertel aller australischen Schüler besucht katholische Einrichtungen.

Dem Bericht zufolge verzeichnete der australische Verband der Schuldirektoren zuletzt 40

(1760)

Braunschweig: Ungenutzte katholische Kirche wird zu Reihenhaus

Berlin, 19.2.09 (KAP) Eine nicht mehr genutzte katholische Kirche in Braunschweig wird zu einer Reihenanlage umgebaut. Der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle werde die kirchliche Nutzung des Baus am Samstag im Rahmen eines Gottesdienstes beenden, teilte die Diözese Hildesheim am Donnerstag mit. Es ist dann die 16. Kirche, die die Diözese seit 2003 profaniert hat.

Es handelt sich um die Kirche Sankt Godehard, eine Filialkirche der Pfarrgemeinde St. Aegidien. Sie wurde 1962 als Fertigteilbau errichtet.

Nach Diözesangaben ist das Gotteshaus für die Seelsorge in der Braunschweiger Innenstadt nicht mehr erforderlich. Die Pfarrgemeinde stimmte der Entwidmung zu.

(1750)

Kultur und Medien

Deutsche Künstler wollen eine katholische Kirche bei Rom bauen

Rom, 19.2.09 (KAP) Deutsche Gegenwartskünstler arbeiten am Bau einer katholischen Kirche im Bergdorf Olevano östlich von Rom. Nach Angaben des Direktors der Deutschen Akademie "Villa Massimo", Joachim Blüher, wird das Vorhaben durch die bevorstehende Gründung einer Stiftung möglich gemacht werden. Die Gemeinde sei begeistert, der Landbesitzer sei zum Verkauf bereit, sagte Blüher am Mittwoch im Gespräch mit

der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA.

Mit Blick auf die anstehenden Kosten, "eher acht als vier Millionen Euro", verwies Blüher auf starke Verbündete in der italienischen Wirtschaft und Politik. Die Sponsoren würden sehen: "Es ist etwas Herausragendes, eben kein Zweckbau". Deswegen sei er zuversichtlich.

Die vier Künstler - der Architekt Rudolf Finsterwalder, der Maler Matthias Weischer, der

Bildhauer Stefan Mauck und der Musiker Carsten Nicolai - waren im Jahr 2007 als Stipendiaten zu Gast in der "Villa Massimo". Alle vier, so Blüher, seien Agnostiker und teilweise in der DDR sozialisiert. Trotzdem sei bei ihnen der Wunsch nach dem Kirchbau-Projekt aufgekommen. "Sie haben gesehen, was die Kirche hier in Rom bedeutet", so der Akademie-Direktor.

Blüher, der selber evangelisch ist, sagte, die Künstler hätten zum Teil bewusst den "Reichtum der Tradition" gesucht. Diesen Reichtum reprä-

sentiere "einzig und allein die katholische Kirche", die evangelische Kirche sei "bilderfeindlich". Über die katholische Tradition und die religiösen Formen kämen die Künstler in einen fruchtbaren Dialog zur Sinnfrage des Lebens.

Am Donnerstag präsentiert sich die "Villa Massimo", eine der wichtigsten deutschen Kultureinrichtungen im Ausland, in Berlin. Dabei stellen sich die zehn Künstler vor, die im vergangenen Jahr mit einem Stipendium der Berliner Bundesregierung zu Gast in der Akademie waren.

(1723)

Französische Zeitschrift "Temoignage Chretien" in Not

Paris, 19.2.09 (KAP) Die französische Wochenzeitschrift "Temoignage Chretien" befindet sich offenbar in großen finanziellen Schwierigkeiten. In der am Donnerstag veröffentlichten Ausgabe rufen die Herausgeber die Leser dazu auf, sich als Aktionäre an dem Blatt zu beteiligen oder zu spenden. Ein Appell für das Überleben der als progressiv eingestuften Zeitschrift wird unter anderem vom ehemaligen Bischof von Amiens, Jacques Noyer, dem früheren EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors sowie Politikern

der Sozialisten, Kommunisten und Grünen unterstützt.

Die Zeitschrift war 1941 unter dem Titel "Cahiers du Temoignage Chretien" im französischen Widerstand vom Jesuiten P. Pierre Chaillot gegründet worden. Zu den Hauptaktionären des Blattes gehört Jacques Maillot, früher Chef des "Club Mediterranee", Gründer des Touristikunternehmens "Nouvelles Frontieres" und für knapp ein Jahr auch Chef des Eurotunnel-Verwaltungsrats.

(1742)

KATHPRESS	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut „Katholische Presseagentur“ Chefredakteur: Erich Leitenberger Geschäftsführer: Josef Pumberger Redaktion: Andreas Gutenbrunner , Henning Kligen, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Georg Pulling, Josef Pumberger Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 [Postfach 551] ☎ [+43 / 1] 512 52 83, Fax [+43 / 1] 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: bueror@kathpress.at World-Wide-Web: http://www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343, BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	